



Wertvoller Boden: Auf dem Gelände des Schwabinger Krankenhauses kann sich die SPD auch Personalwohnungen und studentisches Leben vorstellen. FOTO: HESS

## Mehr als Pflaster und Verband

Die Schwabinger SPD formuliert ein Zehn-Punkte-Papier für das Schwabinger Krankenhaus. Kernpunkt ist die Forderung, nicht nur eine Basisversorgung zu erhalten

VON ELLEN DRAXEL

**Schwabing** – Die Schwabinger Sozialdemokraten haben zehn Kernforderungen für das Schwabinger Krankenhaus und das Klinikgelände formuliert. Der Punkteplan fasst Wünsche zusammen, die sowohl vom Bezirksausschuss Schwabing-West als auch von der SPD-Landtagsabgeordneten Ruth Waldmann wiederholt geäußert wurden. Er greift außerdem Bitten des Vereins „Bürger für unser Münchner Stadtklinikum“ auf. Waldmann erklärt das Vorpreschen: „Wir wollen gestalterisch in Erscheinung treten und nicht erst auf das reagieren, was die Verwaltung vorgibt.“

Dreh- und Angelpunkt der Auflistung ist die Forderung, möglichst viel Basisversorgung in Schwabing zu erhalten. Dazu zählen nicht nur die geplante Notfallversorgung und der Schwerpunkt der Versorgung von Säuglingen und Kindern. Nötig seien zudem „weitere Grundangebote in allen wichtigen Medizinbereichen“.

### Im Fokus stehen auch die Beschäftigten des Hauses

Das Konzept einer reinen Notfallversorgung erscheint der SPD „langfristig weder tragfähig noch ausreichend“. Im Gegenteil: „Es gefährdet den dauerhaften Erhalt des Standortes.“ Die Sozialdemokraten wollen Zahlen sehen, die belegen, dass die Bevölkerung im Münchner Norden künftig ausreichend medizinisch versorgt ist.

Im Fokus stehen auch die Beschäftigten des Krankenhauses. Die SPD möchte, dass „diese Menschen mit ihrem Know-how und ihrem Engagement“ weiterhin beschäftigt werden können. „Sie sind Ak-

tivposten, wir können auf sie auf keinen Fall verzichten“.

Um eine irreversible Verkleinerung des Krankenhauses zu vermeiden, wird angestrebt, Gebäude, die für den Klinikbetrieb aufgegeben werden müssen, in Zukunft anderweitig medizinisch zu nutzen: Hospiz- und Reha-Einrichtungen könnten in den Räumlichkeiten untergebracht werden, neue Projekte in der Geriatrie oder der Psychiatrie seien ebenso denkbar wie eine Überleitungs- oder Brückenstation. „Mit dem benachbarten Max-Planck-Institut und dem Bezirk Oberbayern würde sich eine Kooperation im Bereich der

Psychiatrie anbieten, Partner im Pflegebereich könnten das Münchenstift und die Pfennigparade sein.“ Geprüft werden soll außerdem, ob Bereitschaftspraxen oder von der Pflegeversicherung mitfinanzierte Dienstleistungen in den Gebäuden Platz fänden.

Bei Flächen, auf denen klinische Nutzungen nicht möglich ist, wünscht sich die SPD Hochschulstandorte: „Studentisches Leben und Ausbildung sind Teil der Schwabinger Identität und gehören in die Stadtmitte und nicht nur an die Peripherie.“ Jede Veräußerung städtischer Grundstücke im Bereich des Schwabinger Kran-

kenhauses an Privatunternehmen und -investoren wird abgelehnt.

„Vorstellbar“ ist für die Sozialdemokraten auch Wohnnutzung „in einem untergeordneten Umfang“ – allerdings nur, wenn städtische Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften mögliche Neubauten realisieren. Mieter solcher Wohnungen sollen dann ausschließlich Pflegekräfte und Klinikpersonal, Erzieher und Polizisten sein.

Die Natur ist ebenfalls ein Thema. Gefordert wird ein schonender Umgang mit dem Baumbestand und mehr Grün für die Bevölkerung. „Schwabing wurde in den vergangenen Jahren deutlich verdichtet – jetzt muss die Freizeitinfrastruktur, gerade auch für Kinder und Jugendliche, entsprechend aufgestockt werden.“

Eine „frühzeitige und kontinuierliche Bürgerbeteiligung“ hält die SPD künftig für unabdingbar. Im weiteren Prozess müssten Anwohner und Bezirksausschüsse als Experten für ihr Stadtviertel nicht nur gehört, sondern in den Entscheidungsprozess von Anfang an eingebunden werden. „Da das Konzept für die Nachnutzung dem Stadtrat bereits bis Ende 2015 vorgelegt werden soll, ist die Bürgerbeteiligung zwingend im ersten Halbjahr 2015 durchzuführen.“

Eine Podiumsdiskussion zur Zukunft des Schwabinger Krankenhauses mit der Geschäftsführerin der Klinikum München GmbH, Susanne Diefenthal, dem Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Alexander Reissl, dem Chefarzt Geriatrie der Klinik des Diakoniewerks an der Heßstraße, Christian Ullrich, und der Landtagsabgeordneten Ruth Waldmann als Moderatorin veranstaltet die Schwabinger SPD am Donnerstag, 5. März, um 19.30 Uhr im Albert-Lempp-Saal der Kreuzkirche, Hiltenspergerstraße 55.



Die reine Notfallversorgung erscheint der SPD langfristig nicht tragfähig. FOTO: LABER